Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und Salzen zu haben. Beste Kindernahrung, als Kaffeesahne billig und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Havelocks, Stanley-Mäntel.
Beste Stoffe. Billigste Preise.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Feinere Wäsche und Mode-Waaren für Herren.
Remke & Scheffler
Pragerstrasse 11.

Das Neueste in Besatz-Artikeln, jeden Genres Spitzen und seid. Bänder, Sammete und Seidenstoffe.
Damenschneiderei- und Putzartikel.
Moritz Hartung, Altmarkt 13, Hauptstr.

Wasserheilanstalt „Theresienbad"
in Eichwald b. Teplitz-Böhmen.
Schönste, gesindeste Lage, vollständig geschützt, inmitten der herrlichsten Waldungen. Für Nervenkranke und für Nachkur bestens empfohlen. Auskunft ertheilt bereitwilligst der Anstalts-Director Dr. Kurys.

en gros Tuchwaaren en detail
Moderne deutsche und englische Cheviots
empfehlen
Pörschel & Schneider,
Scheffelstrasse 19 (kl. Rauchhaus).

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 129. Spiegel: Reichstagsauflösungen, Mangel an politischer Führung. Hofnachrichten, Wahlvorbereitungen, Reichstagscandidaturen, Konservativer Verein, Justizrath Schaffrath †, Sozialdemokr. Aufsig, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Belvedere-Concerte. Lotterie-Liste. | **Dienstag, 9. Mai.**

Politisches.

Zum dritten Male seit Bestehen des Deutschen Reiches appelliren die verbündeten Regierungen von den gewählten Vertretern des Volkes an den Willen der Wähler. 1878 erfolgte die Reichstagsauflösung, weil trotz der ruchlosen Attentate auf das ehrwürdige Heldenhaupt des ersten deutschen Kaisers die Mehrheit des Parlamentes sich weigerte, der Staatsgewalt die geforderten Mittel an die Hand zu geben, dem Anwachsen des revolutionären Sozialismus Schranken zu ziehen. Als 9 Jahre später, 1887, die oppositionelle Mehrheit unter der Firma „Windthorst-Richter-Grillenberger" die erforderlich gewordene Vermehrung der Streitkräfte ablehnte, mußte zum zweiten Male der antinationale Wille jenes Triumvirats durch einen Appell an das Volk gebrochen werden. Aus derselben Veranlassung und um den Widerstand der nämlichen ultramontan-fortschrittlich-sozialdemokratischen Mehrheit zu überwinden, hat man am Sonnabend dem Reichstage den Lebensfaden durchgeschnitten. Aber in einem wesentlichen Punkte liegen die Verhältnisse, unter denen heute die Wahlkampagne beginnt, anders als früher. Vor 15 Jahren wie vor 6 Jahren schaute die Mehrheit der Nation mit unerschütterlichem Vertrauen nach oben zu dem verantwortlichen Bannerträger des Reiches und hegte die felsenfeste Zuversicht, daß unter seiner Führung sich Alles zum Besten kehren müsse. Das stolze Bewußtsein, daß der allezeit bewährte Steuermann das Staatsschiff mit ruhiger Kraft und mit sicherer Hand unversehrt durch alle Stürme und an allen Klippen vorüber lenken werde, beseelte damals die patriotischen Wähler und führte sie zum Siege. In dem ersten Kanzler des Reiches mit seinem eisernen Willen, mit seinen unvergleichlichen Erfolgen, mit seinem weltgeschichtlichen Ansehen war der vaterländische Gedanke, die nationale Ehre und Macht verkörpert. Willig schaarten sich um ihn alle staatserhaltenden Elemente, als den Hort und Hüter der nationalen Arbeit, der die Bedürfnisse und die Interessen der großen deutschen Produktivstände auszugleichen und zu versöhnen wußte und dadurch seiner Politik eine sichere Grundlage verlieh. Wie anders ist es heute. Die Männer, die während der Lebenszeit des verblichenen Reichstages berufen waren, die verantwortlichen Rathgeber der Krone zu sein, haben es nicht verstanden, sich das Vertrauen und die Werthschätzung der nationalen Volkskreise zu erwerben. Ihre Bemühungen in dieser Richtung sind vergeblich gewesen. Ohne feste Grundgedanken, ohne bestimmte Richtung schwankte die Regierungspolitik zwischen den Parteien hin und her. Auf Kosten der nationalen Interessen wurden denjenigen Fraktionen Opfer gebracht, deren Ziele der Größe, der Wohlfahrt des Reiches schnurstraks zuwiderlaufen. Das Centrum, dieselbe Partei, die soeben gegenüber den auf Erhöhung unserer Wehrkraft gerichteten Forderungen mit schamloser Offenheit durch den Mund eines Lieber die Herrschaftsgelüste der papistisch-jesuitischen Demokratie enthüllt hat, war eine Zeit lang die gefeierte Stütze der Reichspolitik. Schwer wurde das nationale Empfinden des Volkes, an welches bisher niemals erfolglos appellirt worden war, durch jene antinationale Versöhnungspolitik verletzt, die auf der einen Seite in der Achterklärung des Fürsten Bismarck, auf der anderen Seite in der Ehrung des Polen Ledochowski gipfelte. Kein Wunder, daß dabei die Sozialdemokratie, die man schrankenlos schalten und walten ließ, die besten Geschäfte machte und jetzt angesichts der Neuwahlen die größte Siegeszuversicht zur Schau trägt.

In der bevorstehenden Wahlbewegung fehlt der nationalgesinnten Bevölkerung der große Führer Bismarck, welcher einst in den reichstagslosen Zeiten dem ganzen Kampf Richtung und Ziel gab. Die Wahlparole, welche Graf Caprivi ausgegeben hat, genügt nicht, um die inneren Feinde unserer nationalen Politik zu bezwingen und aus dem unglückseligen Wirrwarr der Gegenwart herauszukommen. Zwar wird die Wahlparole der Regierung, der Antrag Huene oder mit anderen Worten die Forderung, die Heeresmacht des Reiches so weit wie irgend möglich zu verstärken, in das Wahlprogramm aller nationalen Parteien an erster Linie eingefügt werden müssen, aber diese Wahlparole allein ist kein Programm, kein erschöpfendes politisches Bekenntniß, auf welches die Wähler ihre Vertreter im Reichstag für die lange Zeit von 5 Jahren verpflichten können. Die Vertretung einer Militärvorlage durch den Fürsten Bismarck war ein Programm allein, die Vertretung der militärischen Forderungen durch die heutigen Leiter des Reiches ist die Programmlosigkeit. So müssen wir die Leitsterne unseres Handelns in dem unverwüstlichen Fonds der erprobten politischen Weisheit suchen, wie er in den Traditionen der Bismarck'schen Aera gegeben ist. In der Erinnerung an unsere große Vergangenheit, in dem Glauben an die Zukunft unserer Nation müssen wir uns aus eigenem Vermögen ermannen zu zielbewußter Haltung, zu patriotischer Thatkraft.

Das Parlament soll der Dolmetsch der Empfindungen und Stimmungen des Volkes sein. Der letzte, der sog. Antikartellreichstag war dies nicht. Gerade die nationalgesinnten Mitglieder desselben hatten sich über die öffentliche Meinung hinweggesetzt und geflissentlich Alles vermieden und verschwiegen, was die wahre Gesinnung des Volkes wiederspiegeln konnte. Es wäre die Pflicht derjenigen Männer, denen vor 3 Jahren der staatserhaltende Theil der Bevölkerung sein Vertrauen geschenkt hatte, gewesen, der Regierung die Wahrheit zu sagen, daß sie die Fühlung mit dem nationalen Wollen und Fühlen des Volkes verloren habe, daß sie auf Abwege gerathen sei. Nicht aus Hang zur Opposition, sondern aus Liebe zum Vaterlande war es für die Führer der reichstreuen Ordnungsparteien eine Nothwendigkeit geworden, mit der Kritik schärfer hervorzutreten und weit entschiedener, als es geschehen ist, der Mißstimmung Ausdruck zu geben, welche weite Kreise beherrscht. Was heute vor Allem noththut, ist eine kräftige Einwirkung des Parlaments auf den Willen der Regierung. Die Neuwahlen bieten das längstersehnte Mittel, der Meinung der nationalgesinnten Volksklassen wieder zum Ausdruck zu verhelfen. Die erste Bedingung, um das Ansehen und den parlamentarischen Einfluß der nationalen Parteien wieder zu heben, ist der unerbittliche Ausschluß aller jener biegsamen und schmiegsamen Männer, die ihre Ueberzeugungen darnach zu richten wissen, wie der Wind in den höheren Regionen weht. Für byzantinische Machtanbeterei, für Leisetreterei und Schönfärberei ist heute kein Raum mehr im Reichstage. Die schwächlichen Opportunisten, die schweigen, wo es zu reden gilt, müssen von dem Parlamente ferngehalten werden. Männer von unbeugsamer Charakterstärke, mit einem geschärften patriotischen Gewissen, in denen das Gefühl der Verantwortlichkeit dem Volk gegenüber niemals schlummert, brauchen wir im künftigen Reichstage, wenn die Regierung wieder auf die rechten Wege gebracht, wenn der Ansturm der schwarzen, der bürgerlichen und der sozialen Demokratie wider unsere Größe und Einheit stets siegreich abgeschlagen werden soll, wenn die großen wirthschaftlichen und sozialen Aufgaben der Zukunft nicht gelöst werden sollen nach den Intentionen eines Lieber, eines Richter, eines Bebel, sondern in den Bahnen ruhiger, staatserhaltender Entwickelung.

Wenn alle national fühlenden Wähler in diesem Sinne ihre Pflicht thun, dann werden die Neuwahlen die politische Atmosphäre wie ein segenbringendes Gewitter reinigen. Dann wird der alte deutsche Parteizwist mit seiner bösen Lokalstimme den blinden Hödur nicht bethören können, daß er das eigene Vaterland erschlage und der deutsche Völkerfrühling nimmer wieder erblühen kann.

Lo—.

Feruschreib- und Fernsprech-Berichte vom 8. Mai.

Berlin. Der Reichskanzler hat sich nach der Auflösung des Reichstages mit dem nächsten fahrplanmäßigen Zuge nach dem Neuen Palais begeben, nicht um dem Kaiser, wie einige Blätter wissen wollten, seine Demission anzubieten, sondern um über die Vorgänge vor und bei der Auflösung Vortrag zu halten. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt folgende Darstellung dieser Vorgänge: Am Morgen des 6. Mai war dem Reichskanzler seitens eines Abgeordneten der freisinnigen Partei der Vorschlag gemacht worden, im Artikel 2 des Huene'schen Antrages Veränderungen vorzunehmen, welche dahin zielten, die zweijährige Dienstzeit in Aussicht, die in Artikel 1 enthaltene Präsenzstärke und Cadres aber nur bis zum 31. März 1899 zu gewähren. Man führte an, eine Gefahr für die Regierung könne darin nicht gefunden werden; der deutsche Reichstag habe noch nie versucht, bestehende Truppentheile wieder zu beseitigen. Der Reichskanzler konnte auf diesen Vorschlag nicht eingehen, weil die verbündeten Regierungen damit ein werthvolles Recht aus den Händen gegeben, andererseits aber keine Sicherheit dafür erhalten hätten, daß ihnen nach 5 Jahren diejenigen Compensationen, ohne welche ihrer Ueberzeugung nach die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine schwere Schädigung der Armee bedeuten würden, fortgewährt werden würden. Niemand kann wissen, wie ein Reichstag um jene Zeit zusammengesetzt sein und wie er dann denken wird. Der Reichskanzler würde nicht in der Lage gewesen sein, einen solchen Vorschlag beim Kaiser zu befürworten, er würde ihn auch seiner eigenen Ueberzeugung nach nicht haben vertreten können. Abgesehen hiervon würde die Regierung für den voraussichtlichen Gewinn einiger Stimmen aus der freisinnigen Fraktion, deren Zahl um so ungewisser blieb, als die letzten Tage Zweifel über die Beständigkeit freisinniger Entschließungen nur allzusehr rechtfertigten, die sichere Unterstützung der konservativen Parteien, welche ihr der Zahl und der traditionell bewährten Haltung dieser Partei in allen Militärfragen nach ungleich werthvoller waren, eingebüßt haben. Was von dem in letzter Stunde formulirten Antrag Prinz Carolath-Rößicke bekannt wurde, lief auf die Aufnahme einer zwischen dem Abgeordneten Frhrn. v. Huene ausgesprochenen und später von dem Abgeordneten v. Bennigsen vertretenen Idee hinaus, welche darauf abzielte, die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen auch über fünf Jahre hinaus solange festzulegen, als die jetzt festzusetzende Friedenspräsenzstärke nicht herabgesetzt würde. Vom Standpunkt der verbündeten Regierungen aus würde dieser Vorschlag wohl diskutabel gewesen sein, es wurde aber noch ehe der Antrag gedruckt vorlag, zweifellos, daß dafür auf eine Unterstützung durch eine hinreichende Anzahl von Stimmen aus dem Centrum und der freisinnigen Partei nicht zu rechnen war und es blieb zweifelhaft, ob die konservativen Parteien geschlossen für den Antrag eingetreten sein würden. Immerhin würden die verbündeten Regierungen in dem Wunsche ihrerseits die Möglichkeit zu einer Verständigung offen zu halten, bis die letzte Hoffnung geschwunden sei, nicht angestanden haben, auf eine weitere Berathung, auch auf eine dritte Lesung, wenn sie geschäftsordnungsmäßig überhaupt möglich wurde, einzugehen. Der Schlußantrag und die erhebliche Differenz zwischen Majorität und Minorität bei der ersten namentlichen Abstimmung zeigte aber klar die Nutzlosigkeit jedes weiteren Versuches, mit diesem Reichstage zu einer Verständigung zu gelangen.

Berlin. Beim Kaiser fand gestern eine Frühstückstafel in Potsdam statt, zu welcher die Bevollmächtigten vom Bundesrath geladen waren. — Im Bundesrath stimmten die Vertreter von Schwarzburg-Sondershausen und Reuß ä. L. gegen die Reichstagsauflösung mit der Motivirung, daß ihre Regierungen gegen den Verzicht auf die dreijährige Dienstzeit seien. — Ueber das Befinden des Fürsten Adolf von Lippe-Schaumburg, dessen Krankheit auf die auf operativem Wege erfolgte Entfernung eines eingeklemmten Nierensteines zurückzuführen ist, wird heute gemeldet: Der Zustand des Fürsten ist hoffnungslos, das Bewußtsein ist nicht wiedergekehrt und die Herzschwäche besteht fort; seit heute Morgen 5 Uhr sind Anzeichen einer Lungenlähmung erkennbar. — Die Pforte hat unter dem 2. März d. J. eine Note an die fremden Vertreter in Konstantinopel gerichtet, welche das Verbot für Schiffe, die Meerenge der Dardanellen und des Bosporus bei Nacht zu passiren, in Erinnerung bringt. — Generalleutnant v. Winterfeld, der bisherige Commandeur der 20. Division, ist mit der Führung des Gardekorps beauftragt worden. — Frhr. v. Huene ist aus dem Vorstand der Centrumsfraktion ausgeschieden, nachdem in der Fraktionssitzung die Stellungnahme des Wahlaufrufes zur Militärfrage festgestellt worden war. — Die Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl ist für Preußen auf den 18. Mai anberaumt. — Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei tritt heute zur Aufstellung des Wahlaufrufes zusammen. — Die Antisemiten haben im vierten Berliner Reichstagswahlkreise Liebermann v. Sonnenberg, im fünften Ahlwardt aufgestellt. — Die auf heute festgesetzte Verhandlung gegen den bekannten Antisemiten Kaufmann Carl Paasch wegen verleumderischer Beleidigung des Justizministers v. Schelling, des Auswärtigen Amtes und mehrerer Staatsbeamten in verschiedenen Broschüren, ist auf Antrag des Angeklagten vertagt worden, weil die Ladungsfrist von einer Woche nicht gewährt war. Die Verhandlung findet nunmehr am 17. d. M. statt. — Die 20 Kriminalbeamten, welche von hier anläßlich der Kaiserreise nach Luzern entsandt worden waren, haben nicht viel zu thun gehabt; nur einmal, kurz vor des Kaisers Abfahrt, versuchte ein aufgeregt scheinender Mann bis zu dem auf der Plattform stehenden Monarchen vorzudringen, um eine Begnadigungsbitte vorzutragen. — Die Depesche, die Kaiser Wilhelm an König Humbert sandte, lautete: Im Begriff, die Grenze Deines Landes zu passiren, senden die Kaiserin und Ich Dir und Margaretha Unsern Gruß und umarmen Euch herzlich. Bewegten Herzens bewahren Wir die Erinnerung an diese unvergeßlichen Tage, die Uns an Dein begeistertes Volk knüpfen. — Der ältere Bruder des Fürsten Bismarck, Bernhard v. Bismarck, Kammerherr, Geh. Regierungsrath und Landrath a. D. auf Külz bei Naugard, ist im Alter von fast 83 Jahren verschieden. Derselbe gehörte dem Abgeordnetenhause zuerst von 1851 bis 1862 an und schied erst 1888 aus dem parlamentarischen Leben aus. Sein Sohn, v. Bismarck-Kniephof, gehört jetzt dem Abgeordnetenhause an. — Die Berliner Kunstausstellung wird nächsten Sonntag durch den Prinzen Friedrich Leopold in Vertretung des Kaisers eröffnet.

Berlin. In der dritten Berathung des Communalsteuergesetzes strich das Abgeordnetenhaus die Bestimmung, daß die Miethsteuer, wo sie noch besteht, bis 1900 beseitigt sein sollte, hielt jedoch das Verbot der Neueinführung aufrecht. Morgen wird sich das Haus vertagen. — Die Deutschsozialen haben in den ersten Berliner Reichstagswahlkreis den Baron v. Langenn, den Protektor Ahlwardt's, als Kandidaten aufgestellt. — Der Nationalliberale Scipio, der im sechsten hessischen Wahlkreise gewählt war, verzichtet auf eine weitere Kandidatur. Ebenso will Fürst Hatzfeldt in seinem schlesischen Wahlkreis nicht mehr candidiren. — In einzelnen Blättern ist davon die Rede gewesen, der Kaiser habe geschwankt, als er die Einwilligung gab, daß der Reichstag aufgelöst werde. Wie der „Voss" aus zuverlässigen Kreisen versichert wird, ist an keiner der in Betracht kommenden Stellen ein Schwanken, sondern nur klares Zielbewußtsein und vollste Entschlossenheit zu bemerken gewesen.

Berlin. Die zur Auseinandersetzung der freisinnigen Partei eingesetzte Commission hat sich dahin geeinigt, daß vorläufig und bis zur endgiltigen Constituirung der beiden Parteien nach den Reichstagswahlen der eine Theil (Richter'sche Gesinnungsgenossenschaft) den Namen „Freisinnige Volkspartei", der andere Theil den Namen „Freisinnige Vereinigung" führt. Nach den Neuwahlen halten die Richter'schen einen Parteitag ab, zu dessen Vorbereitung ein Ausschuß niedergesetzt ist, dem aus Sachsen Kaufmann Buddenberg-Zittau angehört. Wahrscheinlich wird sich die süddeutsche Volkspartei mit der Richter'schen freisinnigen Volkspartei verschmelzen. Die Volksparteiler Hausmann und Payer nehmen an allen Konferenzen der Richter'schen Theil, und der heute von der „Freisinnigen Zeitung" veröffentlichte Wahlaufruf ist „im Auftrage Eugen Richters, Friedrich Payer" unterzeichnet. Der Wahlaufruf enthält u. A. auch einen Passus gegen den Antisemitismus. Richter erklärt persönlich, daß ihm ohne die herbeigeführte Trennung jede Fortsetzung einer parlamentarischen und politischen Thätigkeit unmöglich gewesen wäre. Zu der freisinnigen Volkspartei haben bis jetzt 18 Abgeordnete ihren Beitritt erklärt. Die freisinnige Volkspartei hält am Mittwoch ihre erste große Volksversammlung ab. Die freisinnige Landtagsfraktion bleibt bis zum Ablauf der Session ungetrennt. Auch die Reichspartei hat ihren Wahlaufruf bereits veröffentlicht.

* **Bückeburg.** Der Fürst Adolf Georg ist Nachmittags 5½ Uhr verschieden.

Arnswalde. Die Konservativen wollen zur Reichstagswahl als eigenen Kandidaten den Regierungspräsidenten von Frankfurt a. d. Oder, v. Puttkamer, aufstellen.

Wien. Lemberger Polenblätter melden, der österreichische Reichsrath und galizische Landtagsabgeordnete Ritter v. Rozwadowski, der in Russisch-Polen im Lubliner Gouvernement an der galizischen Grenze begütert ist und sich in letzter Zeit dort aufhielt, ist sammt seiner Familie aus Rußland ausgewiesen worden. Die Gründe sind unbekannt.

Paris. Paul Deroulède hat unter ausdrücklicher Begründung, daß dies wegen der Vorgänge in Deutschland geschähe, die Vorstände der Patriotenliga zu einer außerordentlichen Versammlung einberufen, welche Donnerstag hier stattfindet.

Rom. Hiesige Blätter wollen wissen, daß die Wirkung der Unterredung Kaiser Wilhelms mit dem Papste in kurzer Zeit offenbar werden wird, indem die Ernennung eines päpstlichen Nuntius in Berlin bevorstehe.

Brüssel. Der von dem englischen Arbeiterdeputirten Pickard einberufene internationale Bergarbeiterkongreß findet hier am 22. d. M. statt. Auf der Tagesordnung stehen: Regelung des Achtstundentages in den Bergwerken, die Frage der Frauenarbeit in den Bergwerken und die Beaufsichtigung der Kohlengruben behufs Verhütung von Unglücksfällen.

Madrid. Die über einen Fluß bei Huesca in der Provinz Saragossa führende Brücke brach zusammen, als sich gerade vierzig Bauernfrauen auf derselben befanden, die nach einer Einsiedelei gehen wollten, um den Himmel um Regen zu bitten. Zwanzig Frauen konnten gerettet werden, während die anderen zwanzig ertranken.

Stockholm. Die erste Kammer hat die Anträge auf Abschaffung und auf Suspendirung der Todesstrafe ohne Diskussion abgelehnt.

Christiania. Der Storthing nahm mit 63 gegen 50 Stimmen den Antrag, für den Minister Steen einen nationalen Ehrensold von 6000 Kronen jährlich zu bewilligen, an.

Antwerpen. Eine große Feuersbrunst legte heute früh in den Depots für afrikanische Produkte, welche der Generalmagazingesellschaft in Kattendyck gehören, mehrere Wolle-, Baumwolle- und Zucker-Magazine in Asche. Der Schaden beträgt mehr als 1 Million Francs. Verluste an Menschenleben sind nicht vorgekommen.

Sofia. Prinz Ferdinand und Gemahlin treffen am 11. d. M. Vormittags in Sistowo ein.

Die **Berliner Börse** verkehrte Anfangs ziemlich fest, doch fehlte es an Anregung für den spekulativen Verkehr. Für Eisenwerthe überwog das Angebot, Bochumer verloren über 2½ Prozent, Laurahütte gegen 1 Prozent. In zweiter Stunde vollzog sich ein weiterer Rückgang, der auch die Anfangs leidlich behaupteten Course der Kohlenaktien herabdrückte. Creditaktien und Diskontocommandit gaben ebenfalls nach. Von Eisenbahnen schwerzerische

Pfund's vereinigte Kindermilch. Trocken Fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.